

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100



Verwaltung, der Vereinfachung des Verfahrens, der Einführung von Dauerrenten, sollten nicht unbeträchtliche Ersparungen gemacht und diese dann den Kriegsoffern zugewendet werden. Ein Teil dieser Forderungen konnte verwirklicht werden, doch hat der Finanzminister die ersparten Beträge inkameriert. Es gelte daher auch in Zukunft mit aller Zähigkeit daran zu arbeiten, daß die Ersparungen den Kriegsoffern zugewendet werden.

Der Zug der Ersparungsmaßnahmen machte sich auch bei der Durchführung des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes ganz bedeutend bemerkbar. Insbesondere die Heilbehandlung gab Anlaß zu Beschwerden, da die Ansprüche äußerst rigoros erledigt wurden, so daß die Kriegsinvaliden erst nach einigen Wochen oder Monaten durch die Schiedskommission ihre Ansprüche auf Heilbehandlung oder Krankengeld durchsetzen konnten. Diese rigorose Handhabung des Gesetzes hatte zur Folge, daß der heilungsuchende Kriegsbeschädigte mit der Behandlung aussetzen mußte, daß die Ärzte unwillig wurden, insbesondere dann, als sie und die Apotheker wegen der Verschreibung und Verabreichung von Medikamenten wiederholt bestraft wurden. Sollte nicht die gesetzliche Bestimmung über Heilbehandlung und Krankengeld vollständig zusammenbrechen, die Kriegsinvaliden dadurch furchtbaren Schaden erleiden, mußte Abhilfe geschaffen werden. Ueber Verlangen des Verbandes kam eine Aussprache bei der Invaliden-Entschädigungs-Kommission mit den Vertretern des Ministeriums, der Invaliden-Entschädigungs-Kommission, der Gesundheitsabteilung der Landesregierung und Vertretern der Organisation zustande, bei welcher alle diese Fragen aufgerollt und besprochen wurden, was zur Folge hatte, daß eine Reihe von unerträglichen Zuständen auch tatsächlich abgestellt wurden.

Der Redner besprach eingehend alle die bestanden und bestehenden Schwierigkeiten und berichtete dann über die Durchführung des Invaliden-Beschäftigungs-Gesetzes, welches mit 31. Dezember abgelaufen wäre und über Forderung der Organisation auf weitere zwei Jahre wieder verlängert wurde. Das Gesetz ist ein für die Kriegsoffer lebenswichtiges, das ganz besonders in der jetzigen furchtbaren Wirtschaftskrise wohlwollend wirkt. Leider finden die Kriegsoffer nicht überall jene Unterstützung, die notwendig wäre, dem Gesetz wirklich Geltung zu verschaffen. Während in Linz die Invalidenfürsorge taglos funktioniert, muß von den meisten Fürsorgestellen bei den Bezirkshauptmannschaften das Gegenteil behauptet werden. Entweder haben die Referenten nicht das notwendige Verständnis für diese Frage oder sie werden mit anderen Arbeiten, die mit der Invalidenfürsorge gar nichts zu tun haben, derart belastet, daß ihnen ihre eigentlichen Agenden nur als ganz nebensächlich erscheinen müssen.

Die Zahl derer, die aus dem Produktionsprozeß ausgefallen sind, steigt ununterbrochen. Es ist daher nur all zu begreiflich, daß die Nachfrage nach Trafiken ständig wächst, obwohl die Zahl der zu vergebenden Trafiken durch das Vererbungsrecht und die Unmöglichkeit Trafiken zu kündigen, bedeutend sinkt. Trotz alledem gelang es im abgelaufenen Jahr 26 Trafiken an kriegsbevorzugte Bewerber zu vergeben, denen damit Existenzen gesichert wurden.

Die Zahl der nach dem Invaliden-Beschäftigungs-Gesetz Eingestellten und der mit Trafiken Beteiligten ist äußerst gering, die Zahl der Unversorgten, die Zahl derer, die nichts als ihre geringe Rente haben und daher im bittersten Elende leben, ungeheuer groß, weshalb alle Anstrengungen gemacht wurden, um auf charitativem Wege die Not zu lindern. Leider war es nicht möglich, in ausreichendem Maße die Notleidenden zu befürsorgen, da die Mittel ständig geringer werden.

Nach einem zähen Kampfe gelang es die Fahrpreisermäßigung für das Jahr 1932 wieder zu erreichen. Weiter gelang es auch denen die Fahrpreisermäßigung zu sichern, deren Rente zur Gänze abgefertigt ist, deren Rente, falls sie noch eine beziehen würden, nach § 29 des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes nicht um 100 Prozent gekürzt wäre. Die Bemühungen, die Fahrtbegünstigung auch für die Invaliden unter 35 Prozent zu erreichen, ebenso für die Witwen, hatten keinen Erfolg. Die Versuche, bei den Privatbahnen und Autounternehmungen dieselben Fahrpreisbegünstigungen zu erreichen, waren vergebens, da alle diese Unternehmungen beinahe passiv arbeiten müssen.

Auf allen Gebieten der Kriegsofferfürsorge hat der Verband erfolgreich gewirkt. Trotz dieser furchtbaren Krise trotz ungeheurer Arbeitslosigkeit, geht der Verband gestärkt aus dem Berichtsjahre hervor.

Der Redner schildert dann eingehend die interne Organisationsarbeit, beschäftigt sich mit dem Reichsbund der Kriegsoffer und schließt mit der Aufforderung, einig und geschlossen zusam-

menzuzustehen, um auch in dieser schweren Zeit Erfolge zu erzielen und kommende Anschläge abzuwehren.

#### Kamerad Regierungsrat Trojchl

erstattet einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Verbandes in der Schiedskommission, welchem zu entnehmen war, daß im Laufe des Berichtsjahres 1199 Mitglieder vor der Schiedskommission vertreten wurden, während der Reichsbund der Kriegsoffer nur 149 Vertretungen hatte. Von den organisierten Mitgliedern gehörten 88,9 Prozent dem Landesverband der Kriegsinvaliden und nur 11,1 Prozent dem Reichsbund der Kriegsoffer an. Er besprach die Spruchpraxis des Verwaltungsgerichtshofes, der Schiedskommission und betonte die Notwendigkeit der Aussprache mit dem Vertreter der Schiedskommission vor der schiedskommissionellen Verhandlung.

Ueber die Charitative Fürsorge berichtete das Vorstandsmitglied

#### Kamerad Fürstinger.

Nach diesem Berichte wurden durch den Fürsorgebeirat 3127 Parteien mit einer Gesamtsumme von S 70.169.— unterstützt und 189 Parteien mit Darlehen im Gesamtbetrage von S 35.345.— beteiligt. Aus dem Ausgleichstagenfonds wurden Mittel für die Beschaffung von Bekleidungsforten zur Verfügung gestellt und 304 Bedürftige mit Kleidern und Schuhen beteiligt. Für die Weihnachtsaktion wurden an die Ortsgruppen S 11.162.— verteilt, außerdem 9 Waggon Brennholz und 233 Kinder wurden in Ferienheimen durch vier Wochen hindurch untergebracht, wo sie sich glänzend erholten. Diese weitgehende, aber bei weitem nicht ausreichende Fürsorge war nur durch das Zusammenfassen aller Kräfte ermöglicht. Dank gebührt allen jenen, die an dem Gelingen dieser Fürsorge mitgewirkt haben. Dank all denen, die durch Spenden zum Gelingen ein Wesentliches beigetragen haben.

Anschließend erstattete der

#### Kassier Baumberger

den Kassebericht, dem ebenfalls die erfolgreiche Arbeit des Verbandsvorstandes zu entnehmen war.

Für die Kontrolle berichtete

#### Finanzrat Dr. Resch

und stellte den Antrag auf Entlastung des Ausschusses, welcher Antrag einstimmige Annahme fand.

An die Berichte knüpfte sich eine lebhafte Debatte, an der sich die Delegierten von Linz und auswärts zahlreich beteiligten. Nach Abschluß der Debatte berichtete der Obmann der Antragsprüfungskommission,

#### Kamerad Gattinger,

über die Beschlüsse der Kommission zu den eingelangten Anträgen.

Folgende Anträge gelangten zur Behandlung und zur Beschlußfassung:

1. Antrag der Ortsgruppe Gaspoltshofen: Der Verbandstag beschließt: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, die Geschäftsführung der Ortsgruppen fallweise zu kontrollieren. Der Antrag wurde angenommen.

2. Antrag der Ortsgruppe Gaspoltshofen: Der Verbandstag beschließt: Die Ortsgruppen haben das Recht, zweimal jährlich einen Referenten auf Kosten des Landesverbandes anzufordern. Der Antrag wurde dem Verbandsvorstande zugewiesen.

3. Antrag der Ortsgruppe Kremsmünster: Der Verbandstag beschließt: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, für die Zukunft den Verbandstag so einzuberufen, daß die ganze Tagesordnung an einem Tage abgewickelt werden kann.

Der Antrag wird dem Verbandsvorstande zugewiesen.

4. Antrag der Ortsgruppen Altmünster, Enns, Frankenmarkt, Hausruddel, Laakirchen, Gaspoltshofen, Rebl-Zipf, Schwertberg, Stiering und Wolfers:

Der Verbandstag beschließt: Der Zentralverband wird aufgefordert, den Kampf um die XII. Novelle zum S.-E.-G. mit allem Nachdruck und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Insbesondere ist zu fordern:

Die Aufhebung des § 29 und der Ortsklassen II und III, Erhöhung der Rentensätze, erhöhte Rente für Witwen mit einem Kinde und nach Vollendung des 45. Lebensjahres, Eröffnung der Anmeldefrist, Erhöhung des Kranken- und Taggeldes, Zuerkennung des Sterbegeldes ohne Rücksicht auf § 1 des S.-E.-G., Verhältnismäßigkeit der Teilrenten, Heilbehandlung für Witwen, Aufhebung des § 19, Absatz 2, Beteiligung der Prothetenträger mit Bekleidungsforten.

Der erste Absatz wurde angenommen, der zweite dem Verbandsvorstande zugewiesen.